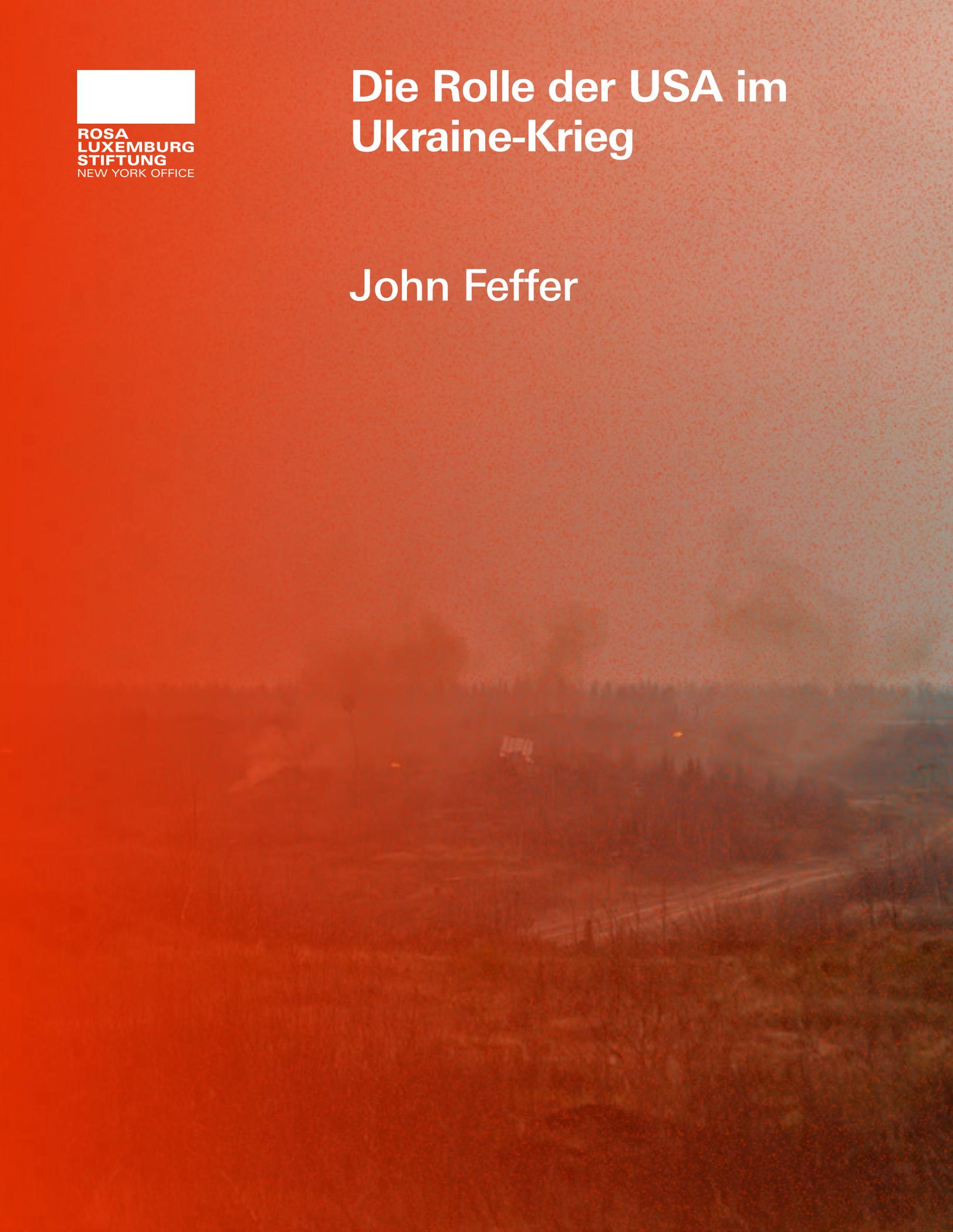


Die Rolle der USA im Ukraine-Krieg

John Feffer





Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, April 2023.

Leitung: Andreas Günther

Bearbeitet von: Maria Savel

Übersetzt Von: Max Böhnel

Adresse: 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016, USA

E-Mail: info.nyc@rosalux.org

Foto: AdobeStock #241537433

Gefördert mit Mitteln des Auswärtigen Amts.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung benachteiligter Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen.

Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

www.rosalux.nyc

Die Rolle der USA im Ukraine-Krieg

Von John Feffer



Zusammenfassung

Seit Beginn des Überfalls Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 erhält die Regierung in Kiew umfassende militärische und wirtschaftliche Unterstützung aus den USA. Die Biden-Regierung hat zudem sehr viel getan, um Moskaus Fähigkeit zur Kriegsführung zu begrenzen. Gleichzeitig ist sie darum bemüht, einer direkten Konfrontation mit Russland aus dem Weg zu gehen, um eine weitere Eskalation von dessen Seite zu vermeiden.

Russlands Angriff auf die Ukraine ist keine Vergeltungsmaßnahme für die NATO-Ost-Erweiterung, selbst wenn Moskau die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken in das westliche Bündnis vermutlich als eine Provokation wahrgenommen hat. Der Einmarsch war vielmehr das Ergebnis eines wachsenden Ultrationalismus des russischen Präsidenten Wladimir Putin, seiner territorialen Bestrebungen, eine „Russische Welt“ zu errichten, und seiner Furcht vor dem wachsenden Einfluss demokratischer Bewegungen an der Peripherie Russlands sowie innerhalb des eigenen Landes.

Obwohl US-amerikanische Rüstungs- und Energiekonzerne vom Ukraine-Krieg enorm profitiert haben, bestimmen sie nicht die Sicherheits- und Geopolitik der USA. Der Hauptfokus der Regierung Biden und des

militärisch-industriellen Komplexes liegt derzeit auf der Eindämmung Chinas. Die Vorstellung, die USA führten in der Ukraine einen „Stellvertreterkrieg“ und benutzten die Ukraine nur, um Russland zu schaden, entspricht nicht den Tatsachen: Es ist die Ukraine, die diesen Krieg führt und dafür extreme Anstrengungen unternimmt. Russland hat sich militärisch als wesentlich schwächer erwiesen als vor Kurzem noch angenommen. Und das risikoscheue Pentagon würde den Krieg lieber heute als morgen beendet sehen.

Die Politik von Präsident Biden gegenüber der Ukraine ist in den USA nicht unumstritten – weder in der Regierung noch im Kongress oder in der Bevölkerung. Bislang haben diese Meinungsverschiedenheiten jedoch keine größeren Auswirkungen auf die Politik der Regierung gehabt. Sollte der Krieg jedoch noch bis zum Wahljahr 2024 andauern, werden sich Biden und seine Regierung verstärkt mit Forderungen der Republikaner und deren Wählerschaft konfrontiert sehen, die Unterstützungsleistungen für Kiew einzuschränken.

Es gibt zwei grundlegende Szenarien, wie sich der Ukraine-Krieg entwickeln könnte: Entweder kommt es zu einem „Kroatien-Szenario“, was bedeuten würde, dass es der Ukraine gelingt, die russischen Truppen vollständig aus dem Land zu vertreiben. Das könnte das politische Ende von Wladimir Putin einleiten. Oder es kommt zum „koreanischen Szenario“, bei dem der Krieg nach einem ersten Jahr mit Rückschlägen für die russische Armee in eine Art Pattsituation übergeht. Noch setzt die Regierung Biden auf das erste Szenario. Eine Pattsituation würde jedoch unweigerlich den Ruf nach einer diplomatischen Lösung lauter werden lassen. Dabei würden sich die Konfliktparteien wie auch die USA und vermutlich China an den Verhandlungstisch setzen. Es wäre das Ergebnis der Vermittlungsbemühungen einer neutraleren Partei wie etwa der Türkei. Die nächsten Monate werden entscheidend sein, da die ukrainische Regierung gerade versucht, mit einer zweiten militärischen Gegenoffensive das „Kroatien-Szenario“ herbeizuführen. Noch hat das Land die Chance, mit Unterstützung der USA und Europas einen gerechten Frieden zu erreichen, in dem das Völkerrecht geachtet und der Aggressor für seine verbrecherischen Handlungen bestraft wird.

Die Rolle der USA im Ukraine-Krieg

Hintergrund

Nach der Invasion Russlands in der Ukraine im Februar 2022 musste die Regierung in Kiew nicht lange auf Hilfe aus Washington warten. Mit Joe Biden im Weißen Haus, der dort jemanden abgelöst hatte, der seine Bewunderung für den russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht verhehlte, kam diese Unterstützung der USA wenig überraschend. Wenige Monate vor dem Überfall hatte die Biden-Regierung den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zunächst persönlich und danach öffentlich vor der Kriegsbereitschaft Russlands **gewarnt**. Bereits 2021 hatte die Ukraine zur Stärkung ihrer Verteidigung **400 Millionen US-Dollar Militärhilfe** aus den USA erhalten, zusätzlich zu den zwei US-Milliarden Dollar, die die USA bereits zwischen 2014 und 2020 bereitgestellt hatten. Nach dem Überfall Russlands erhöhte sich diese Summe auf über **31 Milliarden US-Dollar** (zu dieser Militärhilfe kommt **mehr das Doppelte an ziviler Unterstützung** hinzu).

Die USA beschränkten sich im letzten Jahr jedoch nicht auf militärische Aufrüstung und finanzielle Hilfen. Die Regierung Biden hat sich zudem weltweit dafür eingesetzt, dass Russlands Angriffskrieg verurteilt wird und multilaterale sowie unilaterale Sanktionen gegen den Kreml und seine einheimischen Unterstützer verhängt werden. Darüber hinaus drängte sie die Verbündeten der USA dazu, selbst Militär- und Wirtschaftshilfe zu leisten, die NATO zum Beispiel über die Aufnahme neuer Mitglieder zu stärken und Energieimporte aus Russland für Europa durch andere Quellen zu ersetzen.

Trotz dieser vielfältigen Verteidigungs- und Unterstützungsbemühungen haben die USA ein gewisses Maß an Vorsicht walten lassen: Abseits einer Handvoll Spezialeinheiten hat die US-Regierung eine Entsendung von eigenen Truppen in die Ukraine ausgeschlossen, die Einrichtung einer Flugverbotszone über dem Land abgelehnt und keine Luftüberwachungsflugzeuge über das Schwarze Meer entsandt, weil ein weiterer Einsatz russischer Streitkräfte befürchtet wird. Die Regierung zögert zudem, Kiew mit all den Waffen und Waffensystemen zu beliefern, die auf dessen Wunschliste stehen, etwa Kampfflugzeuge oder Langstreckenraketen. Diese Zurückhaltung spiegelt insbesondere die Sorgen des Pentagon – einer tendenziell risikoscheuen Institution – wider, eine Eskalation des Konflikts zu provozieren, sowohl in horizontaler Hinsicht (damit ist die Ausweitung des Kriegs auf angrenzende Länder gemeint) als auch in vertikaler Hinsicht (man will den Einsatz von nichtkonventionellen, etwa taktischen Atomwaffen verhindern).

Dieser Versuch der US-Regierung, eine Balance zu bewahren zwischen militärischer Unterstützung und geopolitischer Vorsicht, findet vor

dem Hintergrund sich rasch verändernder globaler Macht- und Bündniskonstellationen statt. Russlands Angriff auf die Ukraine hat die Welt in drei Blöcke gespalten: illiberale Unterstützer des Kreml und seiner imperialen Politik, die weitgehend demokratische Fraktion derjenigen Staaten, die die Ukraine unterstützen, und die viel größere Gruppe der Zwiesgespaltenen, die zwar anerkennen, dass der Überfall auf die Ukraine eine Verletzung des Völkerrechts darstellt, aber mit Moskau nicht wirklich brechen wollen.

Die US-Regierung hat diese Spaltung zum Anlass genommen, die Beziehungen der USA zu seinen Verbündeten zu stärken, zu versuchen, die wenigen Unterstützer Russlands zu isolieren und die "Zwiesgespaltenen" davon zu überzeugen, auf mehr Distanz zum Kreml zu gehen. Verglichen mit der Präsidentschaft von Donald Trump, der den Austritt der USA aus der NATO angedroht und damit die bestehenden transatlantischen Beziehungen infrage gestellt hatte, hat sich die Situation umgekehrt. Von einem „strategischen Reset“ der Beziehungen zu Russland, über das in den Obama-Jahren gerne gesprochen wurde (unter Trump lag dann eine Annäherung durchaus im Bereich des Möglichen), ist keine Rede mehr. Die Biden-Regierung hat China und andere Länder deutlich davor gewarnt, Russland mit Waffen zu beliefern oder gegen den vom Westen verhängten Technologieboykott zu verstoßen. Zwar haben sich mit dem russischen Überfall auf die Ukraine die nationalen Interessen der USA nicht grundlegend verändert. Was sich jedoch verändert hat, sind die Mittel, mit denen Washington diese Interessen verfolgt.

Vieles bleibt jedoch weiterhin unklar, insbesondere was die Motive, Strategien und Ziele der US-Politik betrifft. Zum Beispiel: Inwieweit verweist die Bereitschaft der Regierung, die aktuelle ukrainische Gegenoffensive oder gar das ukrainische Militär in einem langwierigen Zermübungskrieg zu unterstützen, auf das Ziel, Russland dauerhaft zu schwächen? Oder überwiegt doch eher der Wunsch, auf baldige Verhandlungen zwischen dem Angreifer und dem Angegriffenen zu drängen, um einen Konflikt zu lösen, der die Aufmerksamkeit von anderen strategischen Prioritäten der USA ablenkt, vor allem von der Eindämmung Chinas? Wie lange kann die Regierung Biden angesichts eines gespaltenen US-Kongresses und schwindender öffentlicher Unterstützung die Militärhilfe in dieser Höhe für die Ukraine noch aufrechterhalten? Und schließlich: Welche Rolle könnten die USA bei der Umsetzung eines gerechten Friedens in der Ukraine spielen? Welche Pläne haben sie für die transatlantischen Beziehungen nach Beendigung des Krieges? Welche Rolle spielt Russland in diesen Plänen?

Ich werde versuchen, auf einige der Fragen in diesem Beitrag einzugehen. Er befasst sich mit gängigen Missdeutungen und Mythen etwa zur Rolle der NATO-Ost-Erweiterung, der neuen Situation in Bezug auf die globale Energieversorgung sowie des Einflusses des militärisch-industriellen Komplexes. Es geht auch um die Frage, wie die USA – in mancherlei

Hinsicht sicherlich ungeplant – vom Ukraine-Krieg profitiert haben. Ein weiteres Thema sind die widerstreitenden Positionen in der Biden-Regierung, die Differenzen zwischen den beiden großen Parteien sowie Verschiebungen in der öffentlichen Meinung, da auch diese relevant für eine bessere Einschätzung der künftigen US-Politik in Bezug auf den Ukraine-Krieg und die gesamte Region sind.

NATO-Ost-Erweiterung

Was die Beziehungen zwischen den USA und Russland schon seit Langem belastet, ist die schleichende Ost-Erweiterung der NATO, die in den 1990er Jahren begann. Trotz der von Russland zum Ausdruck gebrachten Sorgen um die Stabilität im sogenannten „Nahen Ausland“ (also den ehemaligen Sowjetrepubliken) befürworteten die USA die Aufnahme der baltischen Staaten in die NATO, die 2004 stattfand und damit das Bündnisgebiet bis an die Grenzen Russlands ausweitete. Bereits **1996 warnte ich** vor den Folgen:

Mit der Entscheidung, bestimmte Staaten vor anderen in die NATO aufzunehmen, werden in der Region bereits bestehende Spaltungen verschärft: die zwischen dem wohlhabenderen Norden und dem weniger wohlhabenden Süden, die zwischen Osteuropa und den ehemaligen Sowjetrepubliken. Diese Spaltungen bedrohen vor allem die Ukraine, in deren östlichem Teil sehr viele Menschen russischer Abstammung leben. Russland wird die Aufnahme der Ukraine in ein westliches Sicherheitsbündnis nicht dulden. In der Ukraine befürchtet man, im Gegenzug für die Zustimmung Russlands zur NATO-Mitgliedschaft der vier Visegrád-Staaten in die russische Einflussphäre abzurutschen.

Doch die Entscheidung der NATO, die baltischen Staaten aufzunehmen, ist – auch wenn sie destabilisierend gewirkt haben mag – nicht der Grund, warum Russlands Regierung beschloss, die Separatistenbewegungen im Osten der Ukraine zu unterstützen, im Jahr 2014 die Halbinsel Krim zu annektieren und schließlich im Februar 2022 die gesamte Ukraine anzugreifen. Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine stand vor diesem Krieg nie ernsthaft zur Debatte.

Als sich der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko 2008 für einen NATO-Beitritt aussprach, **lehnte das westliche Bündnis diesen ab** und äußerte sich nur sehr vage in Bezug auf entsprechende Aussichten in der Zukunft. Selbst die USA, die eine Aufnahme der Ukraine und Georgiens befürwortet hatten, **gaben diesbezügliche Bemühungen bald darauf auf**.

Hinzu kommt, dass damals nur der ukrainischen Bevölkerung die NATO mit dem „Schutz“ ihres Landes in Verbindung brachten. Auch ein Jahr später befürworteten **nur 21 Prozent** einen NATO-Beitritt der Ukraine.

Bis zum Februar 2022 stand die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine also nicht wirklich auf der Tagesordnung des Westens. Sie war lediglich ein Thema, mit dem die Kreml-Strategen versuchten, Stimmung zu machen. Ergänzt werden muss: Zu keinem Zeitpunkt stellte die NATO eine direkte militärische Bedrohung für Russland dar. NATO-Truppen und Militärübungen an der eigenen Grenze mögen ärgerlich, ja provokant sein, stellen aber keinen Casus Belli dar.

Trotz anderslautender Erklärungen vor und nach der Invasion **ging es Wladimir Putin nie in erster Linie um die Frage der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine**. Er fürchtete vielmehr eine Annäherung der Ukraine an Europa, die er als ein **Bekenntnis zur westlichen Demokratie** und als eine Ablehnung der „russischen“ Identität deutete, was die Existenz der russischsprachigen Minderheit in der Ukraine (die keineswegs einheitlich gegenüber dem Kreml eingestellt war) bedrohe. Der Wunsch, sich stärker an Europa zu orientieren, war schließlich der Auslöser der Euromaidan-Proteste von 2013/2014 gewesen, mit denen Teile der ukrainischen Bevölkerung entschlossen auf die Ablehnung eines vom Parlament gebilligten EU-Assoziierungsabkommens durch den russischstämmigen Präsidenten reagierte hatten.

Es gehört schon seit Längerem zur Strategie von Putin, den Schutz der russischsprachigen Minderheiten im „Nahen Ausland“ zu einem zentralen außenpolitischen Ziel zu erheben und damit militärische Angriffe zu rechtfertigen wie zum Beispiel beim Georgien-Krieg 2008. Tatsächlich **beunruhigt ihn seit Jahren**, dass der Geist der „farbigen Revolutionen“ in den Nachbarländern das eigene Land erfassen könnte. Dass dies keine unberechtigte Sorge ist, zeigten diverse Protestwellen, beginnend mit dem sogenannten „Marsch der Dissidenten“ Ende 2006, die ausgehend von der Hauptstadt Moskau auch das Hinterland ergriffen. Bei keiner der „farbigen Revolutionen“ ging es jedoch um einen NATO-Beitritt. Vielmehr bezogen sich ihre Protagonist*innen meist auf Werte der Europäischen Union wie Demokratie und Menschenrechte, auch wenn die wenigsten ausdrücklich eine EU-Mitgliedschaft forderten.

Was das Verhältnis zur Ukraine angeht, so ist wohl Putins zentrales Motiv ein aggressiver Ethnonationalismus und weniger die Angst vor einem NATO-Beitritt des Nachbarlands. Vor allem nach den Euromaidan-Protesten begann Putin, sich von einem staatsbürgerlichen Nationalismuskonzept zu verabschieden, das er – wie es sich für einen Politiker in einem multiethnischen Imperium gehört – eine Zeitlang vertreten hatte. Seine seitdem in verschiedenen Reden und Texten artikulierte **Vorstellung von einer „Russischen Welt“** – einer Welt, die das russische Territorium ausdehnt sowie die russische Minderheitenbevölkerungen schützt bzw. „heimführt“ – sowie seine Leugnung der Existenz und Besonderheit der ukrainischen Sprache und Kultur verstärkten ein zuvor marginales Element des expliziten Chauvinismus in der Politik Russlands. Es war so, als hätte der Rechtsextremismus der ultranationalistischen Liberaldemokratischen Partei von Wladimir Schirinowski Putin und dessen Partei Einiges Russland

(sowie die Kommunistische Partei von Gennadi Sjaganow) infiziert. Seit dem Euromaidan scheint Putins Denken von der Idee Russlands als einzigartiger und allen anderen überlegener Zivilisation beherrscht, was sich auch in einer bemerkenswerten sprachlichen Wendung niederschlägt: Er nutzt seitdem zumeist das Wort „russkij“ (was sich auf die russische Sprache und Kultur bezieht) anstatt „rossijskij“ (das sich eher auf den russischen Staat bezieht), wenn er über das Russische spricht.

Woran sich vielleicht am deutlichsten festmachen lässt, dass die Angst vor der NATO und eines Beitritts der Ukraine nicht der genuine Grund für den Überfall war, sind seine Auswirkungen auf die Entwicklung der NATO, die Putin unschwer vorhersehen konnte. Es war mehr als wahrscheinlich, dass ein völkerrechtswidriger Angriff auf ein Nicht-NATO-Land in Europa bislang neutrale Staaten wie Schweden und Finnland dazu bringen würde, einen Beitrittsantrag zu stellen. Zudem musste Putin fürchten, dass dieser Krieg einen verstärkten Zusammenhalt unter den NATO-Alliierten hervorrufen und zu einer massiven Aufrüstung auf deren Seite führen würde. All diese Konsequenzen sind eingetreten, obwohl der Kreml mit dem Überfall seine ursprünglichen Ziele nicht erreichen konnte. Wäre es der russischen Armee gelungen, das gesamte ukrainische Hoheitsgebiet einzunehmen und die Regierung in Kiew, wie geplant, zu stürzen, so hätte dies sicherlich einen noch viel stärkeren Gegenschlag vonseiten der sich in höchster Alarmbereitschaft befindlichen NATO zur Folge gehabt.

Nun war aber die NATO-Ost-Erweiterung nicht das Einzige, was in den zurückliegenden Jahren die Beziehungen zwischen den USA und Russland trübte. Unter der Führung von George W. Bush und Donald Trump haben sich die USA aus diversen Rüstungskontrollverträgen (ABM-Vertrag, Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme, Open Skies Treaty) zurückgezogen. Die USA haben Moskau zusätzlich dadurch verärgert, dass sie in den Obama-Jahren überall in Osteuropa Raketenabwehranlagen **unter der Kontrolle der NATO** aufstellen ließen. Zudem warnten sie ihre westlichen Verbündeten in Europa vor der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland und sprachen sich gegen den Bau der beiden Nord-Stream-Pipelines zur Versorgung Deutschlands mit russischem Erdgas aus. Auch außerhalb Europas verfolgten Moskau und Washington im Nahen Osten, insbesondere in Syrien, und in Zentralasien unterschiedliche Strategien und Ziele und gerieten deswegen wiederholt aneinander.

Diese Streitigkeiten und Spannungen sind zwar bedenklich, aber erwiesen sich bislang als einigermaßen handhabbar. Der Ukraine-Krieg hat Ost und West jedoch in eine scheinbar nicht mehr aufzulösende Konfrontation hineingetrieben. Die Kommunikation zwischen Washington und Moskau ist so gut wie eingestellt. Russland hat seine Beziehungen zu Europa weitgehend abgebrochen, sieht man von der Lieferung einer immer kleiner werdenden Menge an Erdöl und Erdgas einmal ab. Moskau hat seine

Infrastruktur **neu ausgerichtet**, um jetzt vor allem asiatische Länder mit fossilen Brennstoffen zu beliefern. Sowohl die russische als auch die US-amerikanische Regierung sind dabei, Druck auf Staaten im Globalen Süden auszuüben und sie auch mit Zugeständnissen dazu zu drängen, sich in diesem Konflikt auf ihre Seite zu schlagen.

Das Verhältnis der USA zur Ukraine war lange Zeit eher widersprüchlich und stark davon abhängig, wer in Kiew und Washington gerade regierte, wie sich die amerikanisch-russischen Beziehungen gestalteten und was ansonsten in Zentraleuropa passierte. Die russische Invasion hat diese Ambivalenz anscheinend beseitigt. Dass die USA auf indirekte Weise vom Ukraine-Konflikt profitieren, ist ein weiterer Faktor, der die Neuausrichtung des Verhältnisses beider Länder bekräftigt. Mit jedem Tag, den der Krieg andauert, verfestigt sich eine neue Kalter-Kriegs-Dynamik.

Der Aufstieg der USA zum wichtigsten Energielieferanten

Für die Biden-Regierung ist eine gesicherte Energieversorgung der USA und des Westens von besonderer Bedeutung. Sie will verhindern, dass die Benzin- und Ölpreise im eigenen Land stark ansteigen, aber auch, dass die europäischen Partner unter Energiemangel leiden. Gleichzeitig gibt sie vor, den Übergang zu „sauberer Energienutzung“ vorantreiben zu wollen, wobei die USA den Anspruch erheben, globaler Spitzenreiter bei innovativen Energielösungen zu sein. Der Ukraine-Krieg hat sich an all diesen Fronten als besondere Herausforderung erwiesen. Zugleich bot sich mit ihm die Gelegenheit, die europäischen Bündnispartner vom Bezug fossiler Brennstoffe aus Russland abzubringen und sie mit eigenem Erdgas zu versorgen.

Unmittelbar nach dem Krieg musste die Biden-Regierung auf stark gestiegene Benzinpreise reagieren. In der ersten Märzwoche 2022 kostete das Benzin an den Tankstellen in den USA bereits **deutlich über 4 US-Dollar** pro Gallone. Diese Verteuerung fiel mit steigenden Inflationsraten zusammen (ab Anfang 2021), was die Darstellung der Biden-Regierung, die US-Wirtschaft habe sich von der Corona-Pandemie erholt und stabilisiert, wenig glaubhaft wirken ließ. Dies veranlasste Biden zur Freigabe von **180 Millionen Barrel** Öl aus der strategischen staatlichen Erdölreserve. Darüber hinaus versuchte die Regierung (erfolglos), Saudi-Arabien zu einer Erhöhung von dessen Ölförderung zu bewegen, und lockerte erfolgreich die Sanktionen gegen Venezuela, **um Chevron zu ermöglichen**, mehr Öl aus diesem Land auf die Weltmärkte zu pumpen.

Die Benzinpreise **stiegen jedoch zunächst weiter an** und betragen im Juni 2022 mehr als 5 US-Dollar pro Gallone. Danach fielen sie nach und nach auf 3 US-Dollar. Am ersten Jahrestag des Beginns des Ukraine-Kriegs war

dann das Benzin in den USA auf einmal billiger als zwölf Monate zuvor. Dieser Preisrückgang ist weitgehend auf das zusätzlich von den USA und ihren Verbündeten auf den Markt gebrachte Öl **zurückzuführen** sowie auf den fortgesetzten Verkauf von russischem Öl zu Schleuderpreisen. Der anfängliche Preisanstieg bescherte vielen US-Ölkonzernen 2022 Rekordgewinne: Exxon erzielte einen neuen Spitzengewinn von über 55 Milliarden US-Dollar, während Chevron seine Gewinne gegenüber 2021 verdoppeln konnte. Im Zuge dieses unerwarteten Wiederauflebens der Nachfrage nach fossilen Brennstoffen landeten die USA auf dem ersten Platz der Liste der weltweiten Energielieferanten. Patti Domm vom Sender CNBC **nannte** im März 2023 Zahlen:

Das letzte Mal, dass die USA eine solche wichtige Rolle als Energieexporteur spielten, war kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach Angaben der Energy Information Administration exportierte das Land Ende Februar täglich eine Rekordmenge von 11,1 Millionen Barrel Rohöl und verarbeitetem Öl. Laut Citigroup ist dies mehr als die Gesamtproduktion von Saudi-Arabien oder Russland. Vor einem Jahr waren es 9 Millionen Barrel pro Tag.

Doch nicht nur das Erdölgeschäft boomt. Die USA haben 2022 das Volumen ihrer Erdgaslieferungen nach Europa gegenüber dem Vorjahr **verdoppelt** und somit eine wichtige Versorgungslücke geschlossen, die durch den Rückgang der Lieferungen aus Russland entstanden war. Tatsächlich deckten die Vereinigten Staaten 2022 **die Hälfte** des europäischen Erdgas- und 12 Prozent des europäischen Ölbedarfs ab. Ebenso wie ihre Pendanten in der Ölindustrie haben die großen Erdgaskonzerne in den USA **beträchtliche Gewinne eingefahren**. Neben dem relativ milden Winter und den sinkenden Energiepreisen waren es die erhöhten US-Importe, die den Europäer*innen das Worst-Case-Szenario mit großflächigen Stromausfällen und eiskalten Wohnungen ersparten.

Die Biden-Regierung profitiert nicht direkt von dem neuen Status der USA als wichtigster Energielieferant. Anders als in Russland oder Saudi-Arabien ist der Energiesektor in den USA nicht in staatlicher Hand. Es gibt jedoch einige indirekte finanzielle Vorteile durch erhöhte Steuereinnahmen. Vor Kurzem hat Biden zudem die Einführung einer Übergewinnsteuer für Energieunternehmen in die Diskussion gebracht, was die Republikaner jedoch ablehnen. Auf jeden Fall hat Washington nun ein zusätzliches Druckmittel gegenüber Ländern in der Hand, die auf Energieimporte angewiesen sind. Doch die gestärkte Marktposition der USA ist ein Nebeneffekt des Ukraine-Kriegs und nicht die treibende Kraft hinter den Bemühungen der Regierung, die Ukraine militärisch und finanziell zu unterstützen.

Die massiven Profite im Öl- und Gasgeschäft sind auch etwas peinlich für eine Regierung, die sich auf ihre Fahnen geschrieben hat, eine Energiewende

einzuweisen. In seiner Rede zur Lage der Nation im Jahr 2023 plädierte Biden erneut für eine Umstellung auf grüne Energiequellen, räumte aber ein, dass das Land weiterhin auf fossile Brennstoffe angewiesen bleibe. „Wir werden noch mindestens ein Jahrzehnt lang Öl benötigen“, **sagte er**. Er kritisierte die Energiekonzerne dafür, dass sie zu wenig in den Ausbau ihrer Infrastruktur und Produktion investierten, um die Preise für die Verbraucher*innen niedrig zu halten. Er verzichtete jedoch darauf, ihnen ihr Versagen bei der Umstellung auf eine nachhaltige Energieerzeugung vorzuwerfen. Dazu passt: Kurz darauf **genehmigte** seine Regierung umfangreiche Ölbohrungen in Alaska in der Region North Slope.

Die Republikaner **sehen** den Krieg in der Ukraine als den Beweis dafür, wie wichtig es ist, bei der Energieversorgung nicht auf andere angewiesen zu sein. Zugleich begrüßen sie die erneute Vormachtstellung der USA bei den fossilen Brennstoffen. Demokraten wie Joe Manchin und Lobbyisten der fossilen Energieindustrie **teilen diese Position**. Sie befürworten den Bau weiterer Pipelines für mittels Fracking gewonnenes Erdgas und opponieren gegen sämtliche staatliche Regulierungsbemühungen, angefangen beim Betrieb von Kohlekraftwerken bis hin zur Herstellung von Kühlschränken. Die zentralen Lobbyverbände der Gas- und Ölkonzerne haben ihre Ausgaben im Vorfeld des Überfall Russlands auf die Ukraine und danach **deutlich erhöht**, mit absehbaren Ergebnissen. Oliver Milman **schrieb** dazu im Guardian: „Sie ebneten den Weg für neue Pipelines und der für den Export benötigten Anlagen, richteten eine neue Taskforce ein, um die Gasexporte nach Europa anzukurbeln, und stellten 300 Millionen US-Dollar für den Ausbau der Gasinfrastruktur auf dem Kontinent zur Verfügung.“

Während der Ukraine-Krieg fossilen Energieunternehmen noch einmal einen unerwarteten Auftrieb verliehen hat, treibt er Staaten, die besonders von russischen Gas- und Öllieferungen abhängig waren oder weiterhin sind, eventuell dazu, die geplante Umstellung auf erneuerbare und nachhaltigere Energiequellen schneller zu vollziehen. Dieser Wunsch nach mehr Unabhängigkeit bei der Energieversorgung, die unter anderem der Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen verspricht, **ist sogar in China zu beobachten**, einem Land, das vielleicht hinsichtlich der gesenkten Preise für Gas und Öl bislang der größte Nutznießer des Ukraine-Kriegs ist. Wie andere große Energieimporteure ist sich China jedoch der strategischen Verwundbarkeit bewusst, die mit seiner Abhängigkeit von Energielieferungen einhergeht, selbst wenn die Preise dafür für das Land gerade einen historischen Tiefstand erreicht haben.

Der Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes

Die Energiekonzerne in den USA sind nicht die einzigen Unternehmen, die

vom Ukraine-Krieg profitieren. Etliche Rüstungsunternehmen verdienen hervorragend an der Lieferung von Artillerie, Flugabwehrraketen, Panzern und Drohnen an die Ukraine, die das Land für seine Verteidigung benötigt und von der US-Regierung gestellt bekommt. Der militärisch-industrielle Komplex in den USA boomt. Im Kongress wurde ein Gesetzesentwurf verabschiedet, der für 2024 den **Militärhaushalt auf 858 Milliarden US-Dollar** festlegt. Das sind 45 Milliarden US-Dollar mehr, als die Biden-Regierung ursprünglich beantragt hatte, und entspricht einem Ausgabenzuwachs von 4,3 Prozent. Dagegen lag der Anstieg zwischen 2015 und 2021 bei **weniger als einem Prozent**. Selbst wenn die Republikaner im Kongress noch Kürzungen an der jüngsten Haushaltsvorlage durchsetzen sollten, wird es sich wahrscheinlich um den größten Militärhaushalt in der Geschichte der USA handeln.

Die mit den Waffenlieferungen in die Ukraine zusammenhängenden Teile dieses US-Militärbudgets sind nicht unbedeutend. So erhält zum Beispiel allein das Rüstungsunternehmen Lockheed Martin **fast eine Milliarde US-Dollar**, um die Raketenbestände der US-Armee, die durch Lieferungen des Pentagon an die Ukraine etwas ausgedünnt worden sind, wieder aufzufüllen. Der Konzern Raytheon bekommt zwei Milliarden US-Dollar für die direkte Lieferung von Raketenabwehrsystemen an die Ukraine. Ähnlich wie bei der Energiewirtschaft haben die Lobbyisten der Rüstungsindustrie viel Zeit und Geld investiert, um bei den Abstimmungen im Kongress das Beste für die von ihnen vertretenen Firmen herauszuholen. Einige dieser Lobbyisten boten ihre Dienste auch **pro bono** direkt den ukrainischen Kunden an. Aber die Unterstützung der Ukraine und die damit verbundenen Kosten sind nicht hauptverantwortlich für die Erhöhung der US-Militärausgaben und stehen auch nicht im Zentrum der US-Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Im Fokus dieser Politik steht nach wie vor China, und die Rüstungsindustrie der USA orientiert sich vornehmlich an der Aufgabe, auf die „chinesische Bedrohung“ zu reagieren. Joshua Keating **schrieb** dazu im Magazin Grid:

Die Low-Tech-Artillerie, die in der Ukraine zum Einsatz kommt, war in den letzten Jahren kein Schwerpunkt der westlichen Rüstungsunternehmen, und es wird Zeit und Geld kosten, diesbezüglich die Produktion hochzufahren. Dan Grazier, ein Mitarbeiter des Projekts Government Oversight, erklärte gegenüber Grid: „155-Millimeter-Artillerieschosse sind nicht sexy. Das große Geld macht man mit der Entwicklung der ‚nächsten größeren Neuheiten‘.“

Die „nächsten größeren militärischen Neuheiten“ werden mit großer Wahrscheinlichkeit nicht auf dem Schlachtfeld in der Ukraine zum Einsatz kommen, da die Biden-Regierung und die NATO-Führung vor einer Eskalation des dortigen Krieges durch die Lieferung von hochentwickelten Waffensystemen an die Ukraine zurückschrecken. Manche Rüstungsunternehmen in den USA sind auch wenig begeistert davon, jetzt

die Produktion von Artillerie und anderen Waffen für den Ukraine-Krieg hochzufahren, nur um dann, wenn dieser beendet ist, keine Käufer mehr dafür zu finden. Die „chinesische Bedrohung“ hingegen verspricht, auf Jahrzehnte hinaus zur Goldgrube zu werden.

Was die Waffenexporte betrifft, so beschleunigt der aktuelle Krieg in der Ukraine nur die jüngsten Trends, indem er dazu beiträgt, die Verkäufe der USA nach Übersee zu steigern und den Anteil Russlands am Weltmarkt zu verringern. Zwar hat der Krieg in der Ukraine eine deutliche Ausweitung der US-Waffenlieferungen bewirkt. Der Großteil des Anstiegs geht jedoch auf eine **steigende Nachfrage** aus asiatischen Ländern wie Südkorea, Japan und Indien zurück und ist eine Reaktion auf eine wahrgenommene Bedrohung durch China, nicht durch Russland. Und dort, wo die russischen Rüstungsexporte zurückgegangen sind, sind nicht unbedingt die USA eingesprungen. Im Fall von Indien profitiert zum Beispiel vor allem Frankreich und dessen Rüstungsindustrie davon, dass Russland zurzeit als Waffenlieferant ausfällt.

Insgesamt gilt festzuhalten: Der militärisch-industrielle Komplex in den USA ist (zumindest kurz- und mittelfristig) ein großer Nutznießer des Ukraine-Kriegs. Aber ähnlich wie in der Energiepolitik und bei den Gas- und Erdölkonzernen ist es nicht die Rüstungsindustrie, die die Sicherheitspolitik der USA bestimmt. Die Bereitstellung von Waffen für den anachronistisch anmutenden Verteidigungskrieg der Ukraine gegen den russischen Aggressor sehen die Hersteller, Lobbyisten und Politiker in den USA, die sich weiterhin auf potenzielle militärische Auseinandersetzungen mit China vorbereiten, eher als eine Ablenkung von dem wirklich wichtigen Konflikt.

Widerstreitende Positionen in den USA

Bei seinem Amtsantritt war Präsident Biden **fest entschlossen**, das umzusetzen, was Hillary Clinton bereits als Außenministerin unter der Obama-Regierung als Neuausrichtung verkündet hatte: eine Konzentration auf den pazifischen Raum. Vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine lag das Hauptaugenmerk der Sicherheitspolitik der US-Regierung auf der Eindämmung Chinas. Biden behielt sogar zentrale Aspekte des Ansatzes seines Vorgängers bei: von den Wirtschaftssanktionen gegen Peking und der sichtbaren Unterstützung Taiwans über die „indopazifische“ Terminologie bis hin zum Verteidigungsbündnis zwischen Indien, Australien, Japan und den USA, das Trump 2017 wiederbelebt hatte.

Die nationale Sicherheitsstrategie der US-Regierung, die im Oktober 2022 veröffentlicht wurde, **umreißt** die doppelte Herausforderung durch China und Russland: „Wir werden der Aufrechterhaltung eines dauerhaften Wettbewerbsvorteils gegenüber der Volksrepublik China Priorität einräumen

und gleichzeitig versuchen, das immer noch äußerst gefährliche Russland einzudämmen.“ Doch steht China im Zentrum der sicherheitspolitischen Überlegungen und Planungen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Russland, einer einstmals globalen Supermacht, ist es nicht gelungen, die Ukraine, ein wesentlich kleineres und schwächeres Land, zu erobern. Der Krieg hat die militärischen Schwächen Russlands offenbart, seinen begrenzten globalen Einfluss deutlich gemacht und gezeigt, dass die russische Wirtschaft immer noch einseitig von Rohstoffexporten abhängig ist. Das unterscheidet das Land von wirklich fortschrittlichen Industrienationen, die auf eine Diversifizierung ihrer Wertschöpfung setzen. Ein Vergleich der Militärausgaben Chinas und Russlands in den letzten zwei Jahrzehnten liefert den strategisch denkenden Sicherheitspolitiker*innen in den USA einen weiteren klaren Hinweis darauf, wo die Prioritäten des Landes liegen sollten: Bei Russland wuchs der jährliche Verteidigungshaushalt von etwa 10 auf rund 65 Milliarden US-Dollar, bei China von 23 auf **fast 300 Milliarden US-Dollar**.

Das heißt, Russland stellt für die USA derzeit eine vergleichsweise geringe Bedrohung dar, nichts, was einen Schwenk weg von Asien rechtfertigen würde. China ist schließlich „der einzige Konkurrent, der sowohl die Absicht hat, die Weltordnung umzugestalten, als auch in zunehmendem Maße über die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht verfügt, um dieses Ziel ernsthaft zu verfolgen“, so ein **Strategiepapier der Biden-Regierung**. Der von der russischen Regierung und ihren Unterstützern erhobene **Vorwurf**, die US-Regierung versuche, den Krieg in der Ukraine in die Länge zu ziehen, um Russlands Kriegsfähigkeit nachhaltig zu schwächen, entspricht zum einen nicht der offiziellen (und inoffiziellen) Prioritätensetzung der USA und berücksichtigt zum anderen nicht den offensichtlich erbärmlichen Zustand der russischen Truppen.

General Mark Milley, seit 2019 der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs der Streitkräfte der USA, sprach im November 2022 davon, er halte Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland im Winter für denkbar, insofern sich beide Seiten in einer Pattsituation wiederfinden könnten. Milley wollte damit weniger ein Votum für Verhandlungen abgeben als eine Einschätzung zur Kampf- und Leistungsfähigkeit der ukrainischen Soldat*innen. Mit dieser Position bewegt er sich zwischen einem eher optimistischen US-Außenministerium und einem eher pessimistischen US-Verteidigungsministerium. **Laut der Nachrichten-Website Politico**

spiegelten seine Äußerungen die weit verbreitete Meinung im Pentagon wider, der kommende Winter böte die Chance für Gespräche, wie der Krieg politisch beendet werden könnte. Hochrangige Militärs sind überzeugt davon, dass es für die Ukraine schwierig werden wird, die russischen Streitkräfte aus allen besetzten Gebieten zu vertreiben, wie es dem erklärten Ziel der Regierung in Kiew entspricht. Das gilt insbesondere für die Halbinsel Krim, die seit 2014 von Russland annektiert ist.

US-Geheimdienst Dokumente, die im April 2023 an die Öffentlichkeit gelangten, unterstreichen die zunehmend pessimistische Einschätzung von Regierungsvertretern, dass die Ukraine nicht über ausreichende militärische Kapazitäten verfügt, um viel Territorium zurückzuerobern, und dass der Konflikt bald in eine Art Pattsituation versanden wird. Entscheidend werden am Ende die Entwicklungen auf dem Schlachtfeld sein. Eine erfolgreiche zweite Gegenoffensive der Ukraine im Frühjahr 2023, die das Ziel hat, Territorium entlang der Südküste zurückzuerobern und die Krim vom russischen Festland abzuschneiden, könnte das Kalkül des Pentagon und der Geheimdienste wieder ändern. Bis dahin muss sich die Biden-Regierung mit weiteren innenpolitischen Streitigkeiten, Widerständen im Kongress und Angriffen vonseiten der Republikanischen Partei auseinandersetzen. Obwohl der Kongress die russische Invasion zunächst einhellig verurteilte – eine parteiübergreifende Senatsresolution wurde Mitte März 2022 **einstimmig verabschiedet**, ein ähnlicher Gesetzentwurf im Repräsentantenhaus erhielt nur **drei Nein-Stimmen** –, begann diese Einigkeit bald zu bröckeln. Das gilt insbesondere für die Frage der Militärhilfe. Die Demokratische Partei tendiert zu einer unverminderten Unterstützung der Ukraine. **Selbst Mitglieder** des Progressive Caucus der Partei sind dafür, **trotz des Aufruhrs** um ihren offenen Brief vom Oktober 2022, in dem sie zu direkten Verhandlungen mit Russland aufgerufen hatten. Die Republikanische Partei selbst ist gespalten zwischen traditionellen „Falken“ und einem radikaleren Flügel, der mit Putins Ultrakonservatismus und -nationalismus sympathisiert.

Im Mai 2022 scheiterte beispielsweise ein Gesetzentwurf, der zusätzliche Mittel für die Ukraine vorsah, im Repräsentantenhaus an **57 Nein-Stimmen**, die alle von republikanischen Abgeordneten kamen. Im Oktober 2022 **kündigte** der Minderheitsführer im Repräsentantenhaus Kevin McCarthy an, sollte seine Partei nach den Zwischenwahlen im November die Macht im Kongress übernehmen, könnte es schnell vorbei sein mit der großzügigen Ukraine-Hilfe. Dies erwies sich jedoch größtenteils als politisches Geplänkel, um rechtsextreme Abgeordnete wie Marjorie Taylor Greene aus Georgia zu beschwichtigen, die ihren Wähler*innen **versprochen** hatte, dass „kein weiterer Penny an die Ukraine fließen wird“. Im Februar 2023 brachte Matt Gaetz, Abgeordneter aus Florida, im Repräsentantenhaus eine **Resolution** ein, die eine Beendigung der Unterstützung der Ukraine fordert. Ihr wird jedoch kaum eine Chance auf eine mehrheitliche Zustimmung eingeräumt. Zudem sieht es so aus, als würde die Frage der weiteren Finanzierung **nicht vor September** wieder auf die Tagesordnung des Kongresses kommen, also erst nach dem Ende der erwarteten zweiten Gegenoffensive der Ukraine.

Der „isolationistische“ Flügel der republikanischen Partei – sogenannte MAGA-Anhänger*innen (MAGA = Make America Great Again, Anm. d. Ü.) wie Greene und Paul Gosar aus Arizona – lehnt die Ukraine-Unterstützung kategorisch ab und nutzt den Konflikt zum Angriff auf die Biden-Regierung. Unmittelbar nach der Ukraine-Reise des Präsidenten im Februar 2023 **twitterte** Gosar: „Der Besuch von Joe Biden in der Ukraine ist ein Schlag

ins Gesicht aller Amerikaner, insbesondere der Menschen in East Palestine, Ohio. Die Ukraine ist nicht unser Freund und Russland ist nicht unser Feind.“ In East Palestine hatte gerade ein Zugunglück stattgefunden. Damit lautet die simple Botschaft dieser republikanischen Politiker*innen: Geld sollte für das eigene Land und die eigenen Menschen und nicht für den Krieg in der Ukraine ausgegeben werden. Geht es ganz allgemein um Militärausgaben oder die Bewilligung von Mitteln für Länder oder Politiker*innen, die sie selbst unterstützen, hört man meist anderes aus diesem Lager. Eine weitere Taktik besteht darin, das Problem der Korruption in der Ukraine hervorzuheben und deswegen auf eine **stärkere Kontrolle** der Waffenlieferungen zu drängen, was ja an sich ein vernünftiges Anliegen ist, wenn auch eins, das viele Republikaner*innen in anderen Zusammenhängen wenig kümmert.

Diese Politiker*innen orientieren sich an Donald Trump, dem Spitzenkandidaten der Republikaner für die Präsidentschaftswahlen 2024, der **entschlossen scheint**, die Ukraine zu einem Wahlkampfthema zu machen. Auch Trumps wichtigster Herausforderer in den eigenen Reihen, Ron DeSantis, derzeit Gouverneur von Florida, hat die umfangreiche Militärhilfe und damit die Politik der demokratischen Regierung **kritisiert**. Von den anderen republikanischen Präsidentschaftskandidat*innen haben sich sowohl **Nikki Haley** als auch **Mike Pence** eindeutig auf die Seite der Ukraine gestellt und die Unterstützung der USA befürwortet. Polarisierende Argumente wie die von Trump und seinen Gefolgsleuten, die Medien wie Fox News aufgreifen und noch zuspitzen, haben großen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung in den USA. Laut einer Umfrage des Pew Research Center von Ende Januar 2023 ist die Zahl der republikanischen Wähler*innen, die der Meinung sind, die USA leiste zu viel Militärhilfe für die Ukraine, im vergangenen Jahr **dramatisch gestiegen**: nämlich von 9 auf 40 Prozent (bei den Demokraten war der Anstieg viel geringer: von 5 auf 15 Prozent).

Diese zunehmende Spaltung im Kongress und in der Bevölkerung deutet darauf hin, dass die Ukraine 2024 tatsächlich zu einem zentralen Wahlkampfthema werden könnte, unabhängig davon, ob der Krieg bis dahin noch andauert. Die Republikaner werden weiterhin von falschen Prioritäten bei der Haushaltsplanung sprechen und von einem „Versagen“ der Biden-Regierung, der sie **vorwerfen**, sich nicht ausreichend auf China zu konzentrieren. Andere werden die Regierung dafür kritisieren, nicht genügend Waffen geliefert zu haben, um einen Sieg über Russland sicherzustellen. Wenn es jedoch ein außenpolitisches Thema gibt, das das Potenzial hat, das MAGA-Lager zu entzweien, dann ist es die Ukraine, da Trumps Kumpanei mit Putin zwangsläufig auf ihn zurückfallen wird.

Friedensaussichten

Es gibt im Wesentlichen zwei Szenarien für den Ausgang des Kriegs in der Ukraine. Das erste, nennen wir es das Kroatien-Szenario, ist nach einer

erfolgreichen Großoffensive der kroatischen Armee im Jahr 1995 benannt, mit der es ihr gelang, die serbischen Streitkräfte aus den von ihnen besetzten Gebieten in Kroatien zu vertreiben. Letztlich führte diese „Operation Oluja“ zu einem Friedensabkommen, das die Kriege in Kroatien und Bosnien beendete sowie dazu beitrug, die serbische Unterstützung für den Machthaber Slobodan Milošević zu untergraben. Der damalige Machthaber in Serbien, Slobodan Milošević, büßte daraufhin an Unterstützung in der Bevölkerung ein. Fünf Jahre später verlor er nach dem Debakel im Kosovo-Krieg die Wahlen. 1999 wurde er als erstes während seiner Amtsausübung vom **UN-Kriegsverbrechertribunal** wegen angeklagt und schließlich 2001 nach Den Haag überstellt.

Das andere ist das koreanische Szenario. Im ersten Jahr des Ukraine-Kriegs kam es ähnlich wie damals im Korea-Krieg in den 1950er Jahren zu dramatischen Gebietszugewinnen und -verlusten aufseiten beider Kriegsparteien. Die Entwicklungen in den kommenden Monaten könnten denen in den letzten beiden Jahren des Korea-Kriegs ähneln, in denen heftig um die ursprüngliche Demarkationslinie gekämpft wurde und am Ende keiner am Ende stark genug war, um die andere Seite zu besiegen. Es kam zu einer Pattsituation. Denkbar ist, dass die ukrainischen und russischen Truppen in eine ähnliche Pattsituation geraten und irgendwann zu erschöpft sein werden, um weiterzukämpfen. Das könnte dazu führen, dass sich beide Seiten – wenn auch widerwillig – auf einen Waffenstillstand einlassen werden.

Derzeit hofft die Biden-Regierung auf das erste Szenario und tut viel dafür, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, so wie die USA bereits in den 1990er Jahren die kroatische Armee unterstützt haben. Da Russland heute für die Ukraine eine weitaus größere militärische Bedrohung darstellt als damals die serbische Armee (die aus der jugoslawischen hervorgegangen war) für Kroatien, fällt die Hilfe der USA heute auch weitaus umfassender aus. Der Ukraine-Konflikt hat im Vergleich zum Jugoslawien-Krieg deutlich stärkere globale Implikationen und Konsequenzen. Nach seinem Besuch in Kiew fuhr Biden nach Warschau und hielt dort eine **Rede**, in der er von einer Auseinandersetzung zwischen Demokratien und Autokratien sprach und Putin einen Kriegsverbrecher **nannte**, der sich vor einem internationalen Tribunal zu verantworten habe.

Manche **Linke** und auch **Rechte** zogen den US-Präsidenten jedoch für seine Zurückhaltung in die Verantwortung und drängten die Regierung dazu, der Ukraine alles zu liefern, was deren Regierung verlangt. Zum Vergleich: Im Zweiten Weltkrieg stellten die USA der Sowjetunion im Rahmen des Lend-Lease-Programms zur Bekämpfung von Nazideutschland **über 11.000 Flugzeuge und mehr als 6.000 Panzer und Panzerjäger** zur Verfügung. Bislang hat die Biden-Regierung **nur 31 Panzer** und keinen einzigen modernen Kampfflugzeug an die Ukraine geliefert. Selbst wenn man den höheren Entwicklungsstand moderner Waffen in Betracht zieht, ist der Gegensatz auffällig. Dennoch hat Biden in diesem Konflikt deutlich

mehr Entschlossenheit gezeigt als beispielsweise Obama während des Arabischen Frühlings, als er hin- und hergerissen war, ob die USA aktiv die Demokratiebewegungen im Nahen Osten unterstützen sollten.

Das kroatische Szenario setzt voraus, dass die Ukraine ihr Maximalziel erreicht, die territoriale Integrität des Landes wiederherzustellen, was bedeutet, die russischen Streitkräfte nicht nur hinter die Grenzen vor der Invasion zurückzudrängen, sondern sie auch aus dem Donbass und von der Krim zu vertreiben. Nur ein militärischer Sieg eines solchen Ausmaßes würde als eindeutiger Sieg für Selenskyj gewertet werden. Nur ein militärischer Misserfolg solchen Ausmaßes aufseiten Russlands könnte den politischen Untergang Putins einleiten. Käme es dagegen lediglich zu einer Rückkehr zum Status quo ante, hätte Putin die Chance, seinen Angriffskrieg als Erfolg zu verbuchen, durch den es gelungen sei, die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung in den bereits 2008 und 2014 annektierten Gebieten zu schützen. Damit wäre sein politisches Überleben und das seiner Anhänger*innen vermutlich gesichert.

Die Verfolgung des kroatischen Szenarios könnte jedoch auch verschiedene unbeabsichtigte Konsequenzen haben bzw. birgt eine Reihe von Risiken. Insbesondere von der Krim werden sich die russischen Streitkräfte nicht so leicht vertreiben lassen. Außerdem hat Russland die Halbinsel und den Donbass (sowie die beiden südlichen Provinzen zwischen den beiden) besetzt und zu russischem Territorium erklärt. Bei ernsthaften Versuchen ukrainischer Truppen, in diese Gebiete vorzudringen, wird Putin vermutlich behaupten, sie würden „in Russland“ eindringen, was er zur Rechtfertigung einer Eskalation bis hin zum Einsatz von Atomwaffen nutzen könnte. Und selbst wenn es der Ukraine gelingen sollte, alle annektierten Gebiete von russischen Truppen zu befreien und Putin tatsächlich gestürzt würde, könnte eine noch rechtere Regierung in Moskau an die Macht gelangen und argumentieren, Putin habe es versäumt, einen totalen Krieg gegen die Ukraine zu führen. Ein zweiter Ukraine-Krieg wie der zweite Tschetschenien-Krieg, mit dem Putin seine Präsidentschaft begann, könnte angezettelt werden, um das Land, das es gewagt hat, sich gegen Russland aufzulehnen, nachhaltig zu bestrafen. Dieses Mal könnte eine direkte Konfrontation mit der NATO und den USA Teil des Plans sein. Mit anderen Worten: Wir müssen nicht nur eine Eskalation für den Fall befürchten, dass Putin sich in die Enge getrieben fühlt, sondern auch für den Fall einer militärischen Niederlage Russlands.

In solch einer Situation – nach dem Sieg der Ukraine über Russland und dem Sturz Putins – bestünde die Aufgabe der US-Diplomatie darin, eine Katastrophe abzuwenden, indem sie einer neuen russischen Regierung etwas anstelle des ukrainischen Territoriums anbietet, und zwar einen Platz in einem neuen transatlantischen Sicherheitssystem. Dabei darf es sich nicht um ein zweitklassiges Angebot handeln wie das, das die NATO Russland bereits in den 1990er Jahren im Rahmen ihres Programms „Partnerschaft für den Frieden“ unterbreitet hat, sondern um einen gleichberechtigten

Status in einer neu gestärkten OSZE oder einer neuen OSZE-ähnlichen Institution. Ein solches Angebot müsste jedoch unterscheiden, was manche als willkürlich kritisieren mögen, zwischen den Staatsführern, die sich Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben und dafür bestraft werden müssen, und einem Staat und einer Gesellschaft, die von der Verantwortung freizusprechen wären. Ein Beispiel für ein solches Vorgehen ist Serbien. Hier hat man ausgewählte staatliche Akteure wegen Kriegsverbrechen verurteilt und gleichzeitig versucht, der nationalistisch gesinnten Regierung in Belgrad (mit ihren eigenen Milošević-Verbindungen) eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen, als eine Art Ausgleich für den Verzicht auf Teile des Kosovo.

Das zweite Szenario, eine Pattsituation nach koreanischem Vorbild, würde wahrscheinlich zu einem instabilen Frieden führen, ähnlich dem derzeitigen Verhältnis zwischen Indien und Pakistan, wobei der Donbass das europäische Kaschmir wäre. Die Zukunftsperspektive für die Ukraine wäre nicht die eines unabhängigen und souveränen Staates wie Kroatien nach der „Operation Oluja“, ohne Gebietsverluste und befreit von feindlichen Truppen, sondern dem Land würde eher ein Schicksal wie Bosnien nach dem Dayton-Abkommen drohen: dauerhaft geschwächt aufgrund inkohärenter politischer Strukturen sowie umstrittener Zuständigkeiten in umkämpften Gebieten und mit einer Wirtschaft, die sich nie vollständig vom Krieg erholen konnte. Es fällt schwer, dieses Bosnien-Szenario nicht als Putins Ausweichoption zu sehen. Mit einer solchen Schwächung und Teilung der Ukraine könnte aus seiner Perspektive sichergestellt werden, dass nie mehr eine Bedrohung für sein autokratisches System von dem Nachbarland ausgeht. Es könnte sich zudem als äußerst schwierig erweisen, ein neues europäisches Sicherheitssystem mit einem solch ungeläuterten und nur auf Rache sinnenden Russland aufzubauen, einem Staat, der nur auf den richtigen Zeitpunkt wartet, an dem er eine neue Offensive gegen seine Nachbarn starten kann. Auch hier müsste man befürchten, dass diese – wenn Putin unter den Druck noch rechterer Kräfte gerät, die wütend über das Scheitern der jetzigen Militäroperation sind – noch umfassender und brutaler als die derzeitige ausfallen könnte.

Bei einem koreanischen Szenario käme es zudem irgendwann zu einer Verhandlungslösung, zu einem „diplomatischen Endspiel“. Hier sind die Optionen der USA aufgrund ihrer eindeutigen Parteilichkeit begrenzt. Denkbar wäre jedoch eine Verhandlungssituation mit Russland und China auf der einen Seite und der Ukraine und den USA auf der anderen Seite, die zu Vierer-Gesprächen zusammenkommen. Ein Land, das sich eher als neutral versteht und zu beiden Konfliktparteien freundschaftliche Kontakte pflegt, wie etwa die Türkei, könnte als Vermittler fungieren, der diese vier Parteien an einen Tisch bringt.

In diesem „diplomatischen Endspiel“ könnten die USA und die NATO der Ukraine Sicherheitsgarantien geben und wirtschaftliche Unterstützung

zusichern. Die Ukraine würde in absehbarer Zeit nicht Mitglied der NATO werden. Aber das Militärbündnis könnte dem Land einen Sonderstatus gewähren, der einen Schutz verspricht, der nur etwas unter dem von Artikel 5 des NATO-Vertrags liegt. In Anbetracht der Tatsache, dass der Wiederaufbau des zerstörten Landes **mehr als eine Billion US-Dollar** kosten wird, wobei Russland vermutlich nur wenig oder gar nichts in Form von Reparationen beisteuern kann, ist hier ein Engagement der USA und ihrer Verbündeten in einer **Größenordnung** gefragt, die in etwa der des Marshallplans entspricht. Russland erhielte im Gegenzug Sicherheitsgarantien in Bezug auf die Stationierung von Angriffswaffen und den Umfang von Militärübungen in der Nähe seiner Grenzen.

Eine oft geäußerte Annahme ist, die USA würden aufgrund des unerbittlichen Gegners auf dem Schlachtfeld in näherer Zukunft den Druck auf die Ukraine erhöhen, damit deren Regierung ihre Maximalforderungen für einen Waffenstillstand und Verhandlungen mit Russland aufgibt. Dabei könnten Zuckerbrot und Peitsche zum Einsatz kommen. Die Peitsche wäre die Drohung, die Waffenlieferungen einzustellen, das Zuckerbrot die bereits erwähnten Sicherheitsgarantien und das Versprechen der Wiederaufbauhilfe. China könnte versuchen, einen ähnlichen Druck auf Russland auszuüben, obwohl das Land über seine Energieverbindungen hinaus über nicht viele Druckmittel verfügt.

Nichtsdestotrotz haben beide Supermächte gute Gründe für ein solches Vorgehen. Chinas Haltung gegenüber dem russischen Angriffskrieg ist sehr ambivalent. Es lehnt völkerrechtswidrige Eingriffe in die territoriale Souveränität anerkannter Staaten ab – dabei versteht es sich von selbst, dass Taiwan in ihrer Sicht hier eine Sonderrolle einnimmt – und ist offenkundig nicht sehr glücklich über unvorhersehbare geopolitische Ereignisse und Krisen, die die Weltwirtschaft und Chinas Platz darin gefährden. Berichten zufolge hat die chinesische Regierung versprochen, dem Kreml unter dem Deckmantel der zivilen Hilfe militärische Unterstützung zu gewähren, was sie jedoch noch nicht getan hat. Auch wenn China ganz froh ist, dass die US-Regierung durch ihn gerade etwas abgelenkt ist, will es den Krieg in der Ukraine beenden. Chinas 12-Punkte-Plan, den seine Regierung im Januar 2023 vorgelegt hat, war eine deutliche **Bekräftigung dieses Wunsches**. Das langfristige Interesse der USA ist es, wie weiter oben erläutert, sich wieder auf andere außenpolitische Herausforderungen konzentrieren zu können. Zudem will die Biden-Regierung eine Eskalation des Krieges und eine unmittelbare Konfrontation mit Russland vermeiden und wünscht sich eine gewisse Stabilität auf dem globalen Energiemarkt.

Allerdings sind die beiden Kontrahenten Ukraine und Russland noch nicht so weit, dass sie sich von solchen Abwägungen und Argumenten überzeugen ließen, da sie beide weiterhin Maximalziele verfolgen. Die hier dargestellten diplomatischen Überlegungen bleiben also völlig abstrakt.

Ebenso abstrakt ist die Zukunft des europäischen Sicherheitssystems. Im Moment ist die NATO der klare Gewinner in diesem Konflikt. Sie sieht sich dem ursprünglichen Anliegen des westlichen Militärbündnisses, Russlands Vordringen nach Europa zu verhindern, neu verpflichtet und erhält viel Zustimmung dafür. Darüber hinaus konnten die USA ihre zentrale Rolle in diesem Bündnis festigen, die Option einer unabhängigen Streitmacht der Europäischen Union ist **in weite Ferne gerückt**. Die OSZE, die bereits vor Ausbruch des Ukraine-Krieges kaum mehr eine Rolle spielte, ist noch weiter **in der Bedeutungslosigkeit versunken**. Der alte Traum von einem kollektiven Sicherheitsarrangement, das sich von Vancouver bis Wladiwostok erstreckt, wurde im Donbass praktisch begraben, obwohl eine Post-Putin-Regierung in Russland dazu beitragen könnte, diesen Traum wiederzubeleben.

Wie weiter?

Die Lage der Ost-West-Beziehungen erscheint düster. Der Krieg in der Ukraine wütet weiter. Niemand spricht mehr über Rüstungskontrollen. Ein neuer Kalter Krieg bedroht die Weltordnung. Der „Frieden“, von dem in westlichen außenpolitischen Kreisen derzeit häufig die Rede ist, ist meist mit mehreren Sternchen versehen: Für die Ukraine würde er Gebietsverluste und eine fragile Staatlichkeit bedeuten. Die Ukrainer*innen müssten auf eine konsequente Verfolgung russischer Kriegsverbrechen verzichten. Es gäbe wenig Garantien, dass der Konflikt nach einer strategischen Pause nicht wieder aufflammen wird. Diese Art von „Frieden“ kennt man schon: er war das praktische Ergebnis der sogenannten Minsker Vereinbarungen nach der russischen Annexion der Krim 2014. Die Ukraine fürchtet sich nun zu Recht vor einem „Minsker Abkommen 3“, mit dem der Kreml für seine Aggressionen und Kriegsverbrechen noch belohnt würde.

Die USA werden aufgrund ihrer hervorgehobenen Rolle – sie liefern entscheidende militärische Unterstützung für die Ukraine und verfügen über diplomatische Druckmittel – über den Ausgang dieses Krieges mitbestimmen. Im Moment scheint die Biden-Regierung der Überzeugung zu sein, die USA könnten mit einem relativ kostengünstigen und risikoarmen Engagement die Ukraine in die Lage versetzen, die gleichen Ergebnisse zu erzielen wie Kroatien 1995. Sollte dies der Ukraine in der ersten Hälfte des Jahres 2023 nicht gelingen, wird die Biden-Regierung entscheiden müssen, ob sie diesen Ansatz beibehalten, die Unterstützung drastisch erhöhen oder auf ein „diplomatisches Endspiel“ drängen will. Angesichts der republikanischen Mehrheiten im Kongress gibt es derzeit keine politische Unterstützung für die zweite Option. Derzeit ist auch die dritte Option umstritten. So hat sich in der Regierung noch nicht die Auffassung durchgesetzt, dass es an der Zeit sei, die Ukraine zum Verzicht auf ihre territoriale Souveränität zu drängen. Solange die ukrainische Regierung also nicht selbst beschließt, dass es so weit ist, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, werden die USA ihre jetzige Position beibehalten.

Bis auf Weiteres unterstützt die Biden-Regierung also einen „gerechten Frieden“ in der Ukraine, setzt sich für einen militärischen Sieg der Angegriffenen und eine Bestrafung der Angreifer ein. Vieles hängt jedoch davon ab, was in den nächsten Monaten in der Ukraine geschieht und wie sich die innenpolitischen Machtkonstellationen in den USA entwickeln. Auch wenn sowohl die USA als auch China bislang auf unterschiedliche Weise von diesem Krieg und der damit verbundenen Schwächung Russlands profitiert haben, werden sie ihn nicht auf unbestimmte Zeit weiterlaufen lassen. Was bis hierher geschah, ist, dass ein relativ schwaches Land, das vor drei Jahrzehnten seine Atomwaffen aufgegeben hat, gegen eine nukleare Supermacht, die ihr Imperium ausbauen will, aufbegehrt und diese auf dem Schlachtfeld wiederholt zurückgeschlagen hat. Die Ukraine trotzt damit allen geopolitischen Widrigkeiten. Das ist an sich schon ein Sieg für das Völkerrecht und nährt die Hoffnung auf eine gerechtere Weltordnung. ■

Über den Autor

John Feffer ist Chefredakteur der Zeitschrift *Foreign Policy in Focus*, herausgegeben vom *Institute for Policy Studies* in Washington D.C. Seine jüngste Buchpublikation ist: „Aftershock: A Journey into Eastern Europe’s Broken Dreams“ (Zed Books). Außerdem ist er Autor des dystopischen Romans „Splinterlands“ (Dispatch Books) und der bald erscheinenden Fortsetzung „Frostlands“. Beiträge von ihm sind u.a. in der *New York Times*, *Washington Post*, *USA Today*, *Los Angeles Review of Books* und *Salon* erschienen.

